

## POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B. 58.2.GUS-THU/BUG

Bern, den 29. Januar 1992

NOTIZ AN DEN STAATSEKRETÄRUEBER DIE "GEFAHR" DES ISLAMISCHEN FUNDAMENTALISMUS IN DER  
EHMALIGEN SOWJETUNION1. Zum Begriff "Fundamentalismus"

Nach dem Zerfall der Sowjetunion fehlt es im Westen nicht an warnenden Hinweisen, wonach die muslimischen und ehemals sowjetischen Minoritäten nun islamische Staaten schaffen oder darüber hinaus einen Staatenblock islamisch fundamentalistischer Prägung bilden würden. Tatsächlich nehmen einzelne Gruppen, die den Islam als in sich geschlossenes System von Lösungen für letztlich sämtliche Lebensfragen begreifen, eine radikale Abwehrhaltung gegenüber der als materialistisch und zerstörerisch eingestuften "westlichen oder kommunistischen Zivilisation" ein. Abgesehen davon, dass diese Haltung vor dem Hintergrund der von Moskau aus erfolgten Zerstörung der Kultur, der Umwelt und der Gesellschaft dieser Region in vollem Umfang verständlich wird, ist die "Bedrohung", die von diesen Gruppierungen ausgeht, bis anhin sehr beschränkt und wird im Westen oft überzeichnet dargestellt. Dabei wird die jahrzehntelang unterdrückte und heute deutlich sichtbare Renaissance des Islam vereinfachend mit der Entwicklung im Iran von 1979 gleichgesetzt, was die Einseitigkeit des westlichen Sprachgebrauchs in dieser Hinsicht augenfällig veranschaulicht. Denn welcher westliche Beobachter würde schon den starken Zulauf, den die russisch-orthodoxe Kirche in den slawischen Teilen der Ex-UdSSR zur Zeit erfährt, als Ausdruck eines christlichen Fundamentalismus interpretieren.



Darüber hinaus gerät häufig in Vergessenheit, dass der Begriff "Nation" in der islamischen Welt nur in der Form einer Religionsgemeinschaft eine historisch gefestigte Bedeutung trägt, und dass deshalb die Rückbesinnung auf den islamischen Glauben vor allem auch den Willen nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit wieder spiegelt. In diesem Sinn scheint uns die Verwendung des Begriffs "islamischer Fundamentalismus" im Fall der ehemaligen Sowjetunion als zu wenig differenziert. Wenn in diesem Zusammenhang überhaupt vom Fundamentalismus - also vom kompromisslosen Festhalten an religiösen und politischen Grundsätzen - die Rede sein soll, dann wohl am ehesten zur Charakterisierung der kommunistischen Politik der vergangenen Jahrzehnte.

## 2. Wachsender Einfluss der islamischen Opposition

Die rund 50-55 Mio. Menschen, die der muslimischen oder ehemals muslimischen Bevölkerung der Ex-UdSSR zugerechnet werden können, leben zum grössten Teil in der Wolga-Region, im Kaukasus und in Zentralasien. Auf der beiliegenden Karte sind die verworrenen Minderheitenverhältnisse sowie die von Stalin aufgezwungene und willkürliche Grenzziehung erkennbar. Nicht eingezeichnet sind diejenigen Minoritäten, welche während dem 2. Weltkrieg in diese Regionen deportiert wurden (Mesch'cheten, Deutsche, Koreaner etc.) und die nach wie vor Anlass zu kleineren (und grösseren) Auseinandersetzungen bieten.

In den betroffenen Republiken hat sich die kommunistische Führung durch eine Flucht nach vorne an der Macht halten können, auch wenn die Oppositionsbewegungen überall an Gewicht und Popularität gewinnen. Dabei handelt es sich fast ausschliesslich um eine sozial motivierte Opposition, die sich gegen die fortschreitende Zerstörung der Umwelt engagiert und gegen den Mangel an Wohnungen, Arbeitsplätzen und Konsumgütern protestiert. Die rein islamisch orientierten Gruppierungen oder Parteien spielen eine untergeordnete Rolle. In Aserbaidschan verlangt die stärkste Oppositionspartei, die Volksfront, von ihrem Präsidenten

Mutalibov darüber hinaus eine härtere Haltung im Nagornji-Karabach-Konflikt. Diese Forderung jedoch ausschliesslich als Ausdruck eines gestörten Verhältnisses zwischen Christen und Muslimen zu interpretieren, wäre ebenso unzutreffend wie die Auffassung, man könne den Nordirland-Konflikt auf einen rein katholisch-protestantischen Gegensatz reduzieren.

Trotz der laizistischen oder säkularen Ausrichtung der meisten Oppositionsbewegungen (s. p.B.58.2.-Zentralasien, THU/BUG: Zur Lage in Zentralasien, 10.01.1992) dürfte der Islam in Zentralasien weiterhin an Bedeutung gewinnen. Dies erkennt man insbesondere an der Anzahl neu gebauter Moscheen und Medressen sowie der Nachfrage an in den Landessprachen gedruckten Koranausgaben. Die Frage, welche (echte) Bedrohung diese Entwicklung längerfristig für den Westen darstellt, ist kaum zu beantworten, umso weniger weil es sich dabei mindestens teilweise auch um ein westliches Problem handelt. Dieses liegt letztlich im Dilemma, das entsteht, wenn sich eine Bevölkerung demokratisch für eine nicht-demokratische Zukunft entscheidet. Die verhaltenen Reaktionen westlicher Regierungen auf den Militärputsch in Algerien geben dazu ein gutes Beispiel ab und veranschaulichen deutlich, dass demokratische Entwicklungen in den Augen westlicher Staaten nur dann "gut" zu sein scheinen, wenn sie auch zu westlichen Verhältnissen führen (kaum auszudenken, welche internationale Konsequenzen eine algerische Entwicklung mit umgekehrten Vorzeichen nach sich gezogen hätte).

Diese kurzsichtige Haltung drückt sich noch krasser in der Diskussion über die in der ehemaligen Sowjetunion gelagerten Nuklearwaffen aus. Die ihrer Illusion beraubten Politiker, die daran geglaubt hatten, dass das Monopol "über die Bombe" über längere Zeit in den Händen einiger weniger gehalten werden kann, sorgen sich heute zurecht über die künftige Bedrohung, die beispielsweise von den strategischen Waffen Kasachstans ausgehen könnte. Andererseits ist kaum zu leugnen, dass die Regelung dieser Problematik bis anhin einer eigentlichen "nuklearen

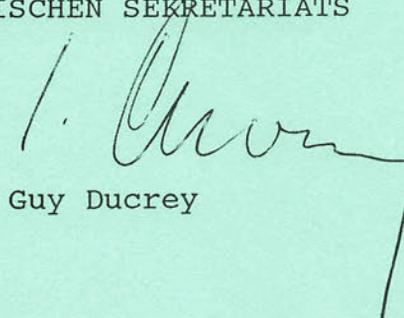
Apartheid" entsprach, von der jene Staaten profitierten, die über das know-how und das westliche Vertrauen verfügten. Dem Präsidenten Kasachstans, N. Nazarbaev, fällt es schwer einzusehen, weshalb die Republik ihre Nuklearwaffen vernichten soll, weil andere Staaten vorgeben, dass die Bedrohung, die von ihren Nuklearwaffen ausgeht, kleiner sei als die Bedrohung, die die kasachischen Nuklearwaffen darstellen.

### 3. Zusammenarbeit unter den Republiken

Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die islamischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion zu einem "islamischen Block" zusammenschliessen, schätzen wir zur Zeit als relativ gering ein. Obwohl N. Nazarbaev seine Amtskollegen aus Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Aserbaidschan bereits mehrere Male zu gemeinsamen Wirtschaftsgesprächen eingeladen und zum politischen Dialog aufgefordert hatte, bleiben zu grosse Probleme zwischen den einzelnen Staaten bestehen. Ausserdem kann auch die aufgenommene regionale Zusammenarbeit nicht darüber hinwegtäuschen, dass die mit entkolonialisierten Drittweltländern vergleichbaren Verhältnisse in allen Republiken nur noch mit ausländischen Investitionen gewaltigen Ausmasses wesentlich verbessert werden können. Ein Teil dieser Auslandshilfe suchen und finden die meisten der oben angesprochenen Republiken in Ankara. Die Türkei eröffnet in allen Republiken der Region eine Vertretung und baut ihren Einfluss auf die turksprachigen Staaten mittels grosszügiger Kreditversprechen weiter aus. Diese Annäherung, die sich auch im ständigen Austausch von Handelsdelegationen ausdrückt, stärkt die Vermutung, dass sich die zentralasiatischen Politiker eher am türkischen als am iranischen Weg orientieren. Das wie seine Nachbarn mehrheitlich sunnitische Tadschikistan, das sich von den turkophonen Republiken durch seine sprachlichen und historischen Eigenheiten deutlich abhebt (tadschikisch ist bis auf den kommunistischen Einfluss identisch mit dem Persisch Irans), sucht die Zusammenarbeit eher mit der (schiitischen) Führung in Teheran.

Die historisch ohnehin schwer belasteten Beziehungen zwischen Tadschikistan und Usbekistan drohen in einen Konflikt überzugehen. Bereits die Unruhen 1990/91 in Usbekistan waren durch antitadschikische Elemente geprägt. Im Sommer 1991 kam es zu gegenseitigen Anschuldigungen im Zusammenhang mit einem noch in Usbekistan liegenden Chemieunternehmen, dessen Abgase auf tadschikischem Territorium offenbar grosse Schäden anrichteten. Usbekistan, das in den Augen der umliegenden Republiken eine regionale Vormachtsstellung anstrebt, führte ebenfalls Grenzstreitigkeiten mit Kirgisien, welche im Frühjahr 1990 verschiedene Unruhen auslösten. Darüber hinaus existieren zahlreiche latente Minderheitenkonflikte zwischen Usbeken und Mesch'cheten, Bergtadschiken (Ismailiten) und Tadschiken, Karapalkaken und Usbeken, unter den verschiedenen Stämmen der Turkmenen, zwischen Kasachen und Russen etc. Die nach wie vor prekäre Wirtschaftslage und die soziale Unzufriedenheit dürften in nächster Zukunft einzelne dieser Konflikte eskalieren lassen und die kürzlichen Protestaktionen in der usbekischen Hauptstadt Taschkent sind ein Hinweis darauf, dass die "nach-kommunistische" Führung ihre Position kaum über längere Zeit wird halten können. Auf jeden Fall liegt der absehbare Trend eher im Zerfall bisheriger Strukturen als im Aufbau einer überregionalen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

DER CHEF DES  
POLITISCHEN SEKRETARIATS

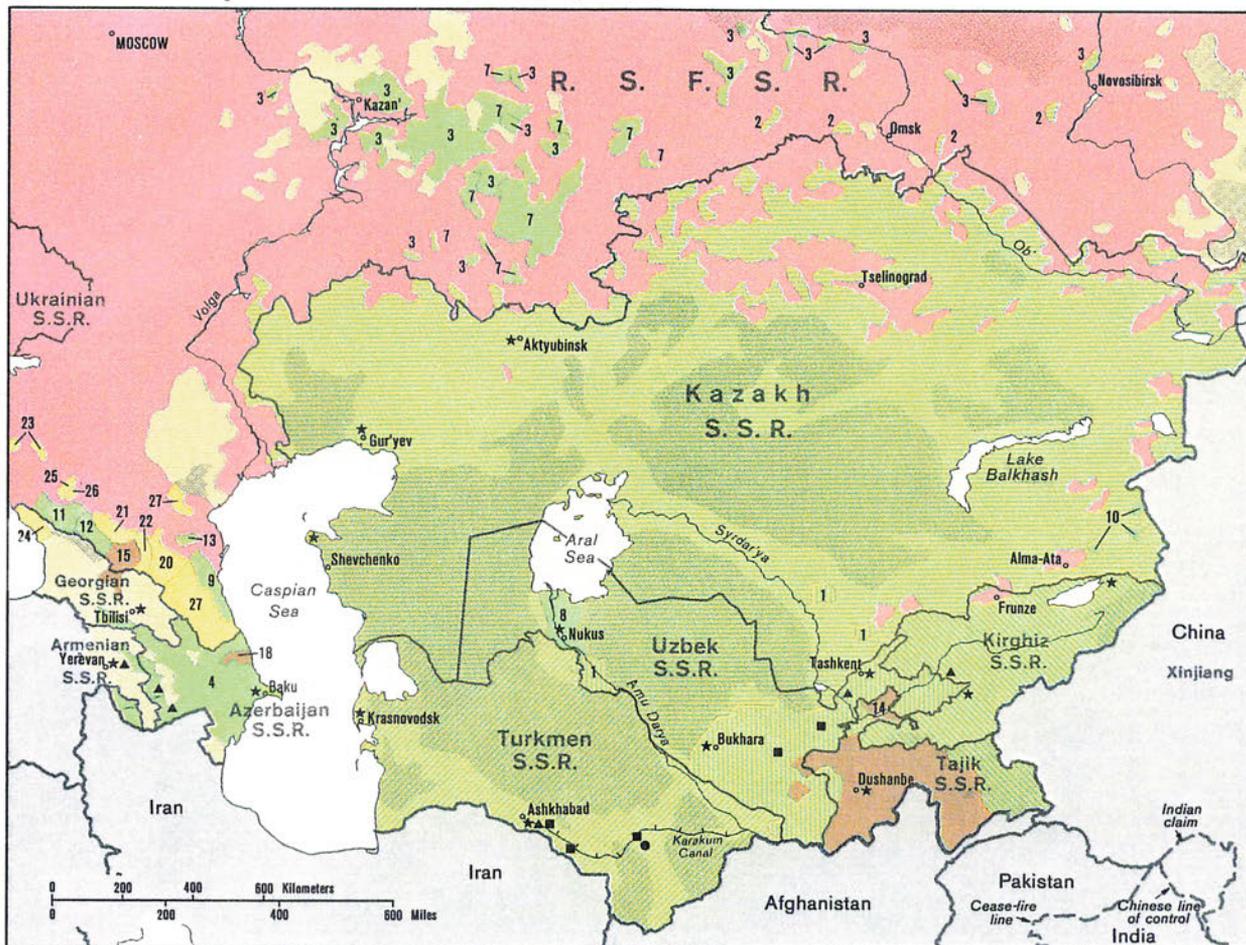


Guy Ducrey

Kopien an:

- Sekr. Departementschef
  - Politische Abteilung I
  - Politische Abteilung II
  - Politische Abteilung III
  - Finanz- und Wirtschaftsdienst
  - Europaratsdienst
  - Direktion für Völkerrecht
  - DEH
  - Herrn Botschafter J. Bucher, G48
  - BAWI, Herrn Botschafter Arioli
  - UNA, Herrn Div. Regli
  - Delegation Genf
- Schweiz. Botschaften in:  
Algier, Ankara, Bonn, Budapest, Bukarest, Islamabad, Moskau,  
Paris, Peking, Prag, Rabat, Rom, Sofia, Stockholm, Teheran,  
Tripolis, Warschau, Washington

# Muslim Peoples in the Soviet Union



## Turkic Peoples

	1979 Population (in thousands)
1 Uzbeks	12,456
2 Kazakhs	6,556
3 Tatars	6,317
4 Azerbaijanis	5,477
5 Turkmens	2,028
6 Kirghiz	1,906
7 Bashkirs	1,371
8 Karakalpaks	303
9 Kумыks	228
10 Uighurs	211
11 Karachays	131
12 Balkars	66
13 Nogays	60

## Iranian Peoples

	1979 Population (in thousands)
14 Tajiks	2,898
15 Osetins	542
16 Kurds	116
17 Iranians	31
18 Tats	22
19 Baluchis	19

## Peoples of the Caucasus

	1979 Population (in thousands)
20 Chechens	756
21 Kabardians	322
22 Ingush	186
23 Adygeys	109
24 Abkhaz	91
25 Cherkess	46
26 Abazins	29
27 Dagestani peoples:	
Avars	483
Lezgins	383
Dargins	287
Laks	100
Tabasarans	75
Rutuls	15
Tsakhurs	14
Aguls	12

★ Slavic peoples (primarily Russian and Ukrainian)

Other non-Muslim peoples

Sparsely populated area

504780 (544879) 4-81

